

MODERNE STÄDTMOBILITÄT IST UMWELT- UND MENSCHENFREUNDLICH

Ein neues Wunder von Bern

Das Tram Bern West wird gebaut, der Parkplatz auf dem Bundesplatz ist längst passé und der Bahnhofplatz bald autofrei.

Es braucht aber mehr autofreie Plätze und verkehrsberuhigte Quartiere. Notwendig sind sichere und direkte Fusswegverbindungen und stadtweit ein gut ausgebautes Netz für die Velomobilen. Statt mehr Autoverkehr muss der öffentliche Verkehr weiter ausgebaut werden.

DIE FALSCHER RICHTUNG

Energieverbrauch und Mobilität haben in den letzten Jahren massiv zugenommen. In einer «real existierenden Wirtschaftswelt» sollte der Liter Benzin längst fünf Franken kosten. Dem ist aber nicht so! Zu Spottpreisen kann man über das Wochenende nach Paris, London oder New York zum Shopping fliegen. Der Freizeitverkehr macht über 50% des motorisierten Individualverkehrs (MIV) aus. Trotz einem klar feststellbaren Bewusstseinswandel haben Benzin verschlingende Off-Roader in Teilen der Bevölkerung Hochkonjunktur. Auf der anderen Seite steht zuwenig Geld für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs zur Verfügung und die FussgängerInnen und Velofahrenden haben bei Bauvorhaben im öffentlichen Raum nach wie vor das Nachsehen. Eine unbegrenzte, nicht nachhaltige Mobilität schadet der Umwelt und

ist eine der Hauptursachen für den Klimawandel. Jeder Ausbau von Kapazitäten für den MIV, jeder Mehrverbrauch an Diesel oder Benzin führt zu mehr CO₂, Ozon und Feinstaub. Der Kanton Bern geht davon aus, dass sich bei einer Entwicklung nach heutigem Trend die Stautunden bis zum Jahr 2020 mehr als verdoppeln (pro Jahr über 15 Mio. Stautunden) und der Autoverkehr in der Region Bern um über 20% wächst. Würde das Siedlungswachstum auf Standorte mit guter Anbindung an den öffentlichen Verkehr konzentriert, fiel das Wachstum wesentlich kleiner aus (5%). Ohne gezielte Abstimmung von Siedlung und Verkehr könnten im Jahr 2020 Staukosten von gegen 300 Mio. CHF entstehen. Trotzdem gehen Zersiedelung und Strassenausbau weiter. Wankdorfkreuzung und Neufeldzubringer werden gebaut und führen zu Mehrverkehr in der Stadt, wenn keine Gegenmassnahmen ergriffen werden.

UMWELTBEWUSST HANDELN

Die SP Stadt Bern prägt die städtische Verkehrspolitik seit Jahren und hat viel erreicht. Nicht von ungefähr zeigen die städtischen Messstellen seit 2000 eine Verkehrsabnahme

Foto: MA



von 5%. National geht der Trend Richtung mehr Verkehr. Die in der städtischen Energiestrategie festgeschriebene Reduktion des MIV um 10% bis 2015 basiert auf einer Forderung der SP. Die SP hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Altstadt in den sechziger Jahren nicht für Autostrassen und Parkplätze platt gewalzt wurde. In vielen Quartieren gilt heute Tempo 30 und Bern ist führend bei den Begegnungszonen. Die SP setzt sich konsequent für sichere Schulwege,

Die nicht nachhaltige Mobilität ist eine der Hauptursachen für den Klimawandel.



Michael
Aebersold,
Stadtrat

neue Veloverbindungen und ein ausgebauten Fusswegnetz ein. Sie kämpfte für das Tram nach Bümpliz/Bethlehem und will neue Tramlinien nach Ostermundigen und Köniz.

Die Stadt lebt nicht vom Auto und nicht vom Autoverkehr. Darum darf das Parkierangebot in der Innenstadt nicht erweitert werden. Parkhäuser gehören an den Stadtrand, nicht zu den Bären. Die Fahrt mit dem Auto in die Innenstadt können und wollen wir nicht verbieten, aber wer unbedingt mit dem Auto in die Innenstadt will, soll auch die Kosten tragen. Notwendig sind verursachergerechte Strassenabgaben. Das Prinzip der Kostenwahrheit im Strassenverkehr ist nicht neu, auch in der Schweiz nicht. Erinnert sei an die Autobahnvignette oder an

die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA). Es ist deshalb richtig, wenn die SP Road-Pricing auf die politische Agenda setzt. Profitieren würden die StadtbewohnerInnen, welche heute mit Steuern den grössten Teil der Strassenkosten berappen.

BAHNHOFPLATZ AUTOFREI

Ab April fliesst der Verkehr wie gehabt über den Bahnhofplatz. Dank Umbau war er während rund einem Jahr für den MIV gesperrt. Entgegen den Erwartungen ist der Verkehrskollaps ausgeblieben. Es gibt keinen wesentlichen Mehrverkehr in den Quartieren. Eine Mehrheit der Bevölkerung spricht sich in Umfragen für einen autofreien Bahnhofplatz aus. SP, JUSO, GB, GFL, JAI, Junge Grüne, VCS, PRO VELO,

Läbige Stadt und Fussverkehr wollen den Bahnhofplatz nun definitiv vom MIV befreien.

Die Chancen für die Initiative «autofreier Bahnhofplatz» stehen gut. Nach wie vor gibt es aber auch skeptische Stimmen und gar pure Ablehnung von Leuten, die meinen, die Zukunft der Stadt Bern hänge von der Anzahl Autos im Stadtzentrum ab. Es braucht noch einiges an Überzeugungsarbeit und 5000 Unterschriften. Die SP Stadt Bern will die Hälfte davon sammeln. Ein deutliches Ja der Bernerinnen und Berner zur Initiative sowie eine breite politische Allianz können ein neues Wunder von Bern bewirken und einer nachhaltigen Verkehrspolitik zusätzlichen Schub verleihen.

Michael Aebersold

VERKEHRSKOMPROMISS IN DER LÄNGGASSE

Traum von der Piazza

Der Stadtteil Länggasse-Felsenau wird sehr stark durch den Durchgangsverkehr belastet. Am 3. März 2002 wurden in einer Variantenabstimmung zusammen mit dem Bau des Neufeldtunnels flankierende Massnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Länggasse beschlossen. Die Massnahmen umfassen drei Teilprojekte, das erste davon, der Neufeldzubringer für die Autobahn, ist unterdessen im Bau.

Das Teilprojekt 2 umfasst folgende zwingende Massnahmen: Die Neubrücke wird zwischen 17.00 und 9.00 gesperrt, die Höchstgeschwindigkeit beträgt noch 30 bis 40 km/h. Die Halenstrasse wird vollkommen gesperrt. Auf der Mittelstrasse wird Tempo 30 eingeführt. Mit der Umsetzung dieser Massnahmen wird ab Sommer 2008 begonnen, sobald der Bahnhofplatz wiedereröffnet ist.

Das Teilprojekt 3 umfasst ergänzende Massnahmen: Neufeld-, Fabrik-, Waldheim- sowie Muesmatt- und Freiestrasse werden durch Poller gesperrt. Die Mittelstrasse wird

zu einer Begegnungszone mit Tempo 20. An der Länggassstrasse werden die Trottoirs breiter gemacht, ein Mittelstreifen aus Beton erstellt und Tempo 30 eingeführt. Allerdings wird das Teilprojekt 3 nun von bürgerlicher Seite heftig angegriffen. Verschiedene Gewerbetreibende und auch der Länggasse-Leist haben Einsprache erhoben. Die Einsprechenden stören sich insbesondere an den Pollern und den Umgestaltungen von Länggass- und Mittelstrasse.

Es ist sehr befremdend, dass der Leist Einsprache erhebt, hat er doch 2002 die gesamte Vorlage noch befürwortet. Die Vermutung liegt nahe, dass der Leist nur den Neufeldtunnel wollte und von Anfang plante, die flankierenden Massnahmen später herauszukippen. Dies ist problematisch für das Quartier. Sollten die Einsprechenden recht bekommen, würde die Verkehrsplanung in der Länggasse zum Scherbenhaufen. Das Quartier wäre weiterhin dem starken Durchgangsverkehr ausgesetzt.

Dabei schneiden sich die Gewerbetreibenden ins eigene Fleisch. Verkehrsberuhigungen machen ein Quartier attraktiver und damit interessanter für die Konsumenten. So könnten beispielsweise Restaurants breitere Trottoirs und verkehrsberuhigte Strassen nutzen, um Tische und Stühle hinauszustellen. Mancher Ort in der Länggasse könnte zukünftig wie eine Piazza aussehen!

Hoffen wir, dass die Gewerbetreibenden in der Länggasse wie ihre KollegInnen in der Unteren Altstadt eine Kehrtwende machen und hinterher genauso begeistert sind vom verkehrsberuhigten Quartier.

Nachtrag: Am 10. März 2008 publizierte das Verwaltungsgericht des Kantons Bern folgenden Beschluss: Das Teilprojekt 3 darf als Ganzes umgesetzt werden. Es bestehen keine Verfahrensfehler, wie die Einsprechenden behaupten. Ob das Urteil weitergezogen wird, ist noch nicht sicher. Die Einsprachen gegen einzelne bauliche Massnahmen sind noch hängig.

David Stampfli,
Vorstand SP-Länggasse-Enge

Vorausschauend handeln

Vorausschauendes Handeln erspart teure Reparaturkosten. Für die Sozial- und Bildungsdirektorin der Stadt Bern ist dies wegleitend.

Veränderungen müssen frühzeitig erkannt und Massnahmen rechtzeitig in die Wege geleitet werden. Während der Anteil älterer Menschen in Bern wächst, stagniert die Zahl der Kinder. Die ausländische Wohnbevölkerung kommt heute aus allen Ländern der Welt. Sie bringen unterschiedlichste familiäre Ressourcen, Qualifikationen und Bedürfnisse mit. Verschiedenste Kulturen und Lebensweis(heit)en sind zu integrieren. Die Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht mehr aus eigener Kraft bestreiten können, nehmen zu (Erwerbslose, Alleinerziehende, working poors). Zu ungenügender (Aus-)Bildung und mangelhaften Sprachkenntnissen kommen geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, gesundheitliche Beeinträchtigungen und prekäre familiäre Verhältnisse.

VERÄNDERUNG DES LEBENSRAUMS

Auch die Stadt als Wohn-, Arbeits-, Freizeit-, Spiel- und Sozialraum hat sich verändert: die Lebensräume sind enger und belasteter geworden. Nischen oder Brachen für Jugendliche und Kinder oder Aufenthaltsräume für sozial Auffällige verschwinden. Die Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes schreitet voran. Die Stadtteile verändern sich nicht gleichmässig, es öffnet sich eine Schere zwischen einzelnen Quartieren.

VERÄNDERUNGEN RECHNUNG TRAGEN

Mit zahlreichen Massnahmen wird Gegensteuer gegeben, beispielsweise mit

- mehr Praktikums- und Lehrstellen in der Verwaltung
- der Akquirierung zusätzlicher Lehrstellen in der Wirtschaft

- mehr Brückenangeboten für Jugendliche und junge Erwachsene
- mehr beruflichen und sozialen Integrationsangeboten
- der Sicherstellung der materiellen Existenz durch die Sozialhilfe
- der flächendeckenden Einführung der Schulsozialarbeit und der Tagesschulen
- dem Start des Frühförderungsprojekts und Muki-Deutsch
- mehr familienergänzenden Kinderbetreuungsplätzen
- mehr Partizipationsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche, MigrantInnen
- dem Ausbau des Spitexangebotes
- Genera(k)tionprojekten
- Wohnangeboten im Obdachlosenbereich
- der Erweiterung der Öffnungszeiten der Drogenanlaufstelle.

All diesen Massnahmen ist gemeinsam, dass sie im präventiven und kurativen Bereich der Bildungs-, Migrations-, Sozial- und Familienpolitik eng ineinander greifen. Diese Strategie ist weiterzuverfolgen.

Die soziale Stadtpolitik, wie ich sie verstehe, ist eine Politik, die

1. allen Einwohnerinnen und Einwohnern von Bern ein Leben in

menschenwürdigen Verhältnissen ermöglicht,

2. dafür sorgt und dazu beiträgt, dass möglichst alle in der Lage sind, aus eigener Kraft ihre materielle Existenz und ihre gesellschaftliche Integration zu sichern und

3. jenen Menschen, die dazu nicht in der Lage sind, hilft, ihre materielle Existenz und ihre Integration zu sichern.

Eine so verstandene Sozialpolitik erspart teure Reparaturkosten. Wir müssen noch verstärkt in Einrichtungen der institutionellen Sozialhilfe wie Kindertagesstätten und Tagesschulen, Frühförderung, Bildungsangebote für eine integrativere Schule, Angebote zur Reintegration von Erwerbslosen investieren. Aber auch alle anderen Bereiche der Politik müssen ihren Beitrag leisten. Je besser dies gelingt, desto geringer sind die sozialen Folgekosten für die Einzelnen und für die Stadt als Ganzes. Gleichzeitig sind sie Voraussetzung dafür, dass eine zukunftsorientierte und betroffenengerechte soziale Stadtpolitik noch wirkungsvoller ist.



Edith Olibet,
Gemeinderätin
Bern

Edith Olibet



Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport ist unter anderem für die Schule zuständig. Was erwarten diese ErstklässlerInnen und ihre Eltern am ersten Schultag von der Stadt Bern?

Foto: pan

Heilige Kühe schlachten

Reaktion auf die Replik von Sascha Tarli zur Wahlanalyse in «regiolinks.be» Nr. 1/08

Sascha Tarli weist in seinem Beitrag auf die unterschiedlichen Weltbilder seiner SP-Sektion und «den Gewerkschaften» hin. Genau diese Differenzen sind es, die auch mich schon lange beschäftigen. Ich erlebe den gewerkschaftlichen Flügel je länger je konservativer, Veränderungen gegenüber kritisch und ablehnend. Als Genosse der liberalen Richtung (der durch die Wähler/innen unterstützten Sommaruga-Linie) befürchte ich, dass sich die SP durch ideologische Kämpfe selber blockiert. Seit den Wahlen mindestens hat man schweizweit nichts mehr von ihr gehört.

Es gibt für die gewerkschaftlich Orientierten – ich meine damit Leute, die ihr politisches Denken eng auf Arbeitsverhältnisse und Sozialwerke fokussieren, und da gehören auch Grüne dazu – einige Reizwörter,

auf die sie reflexartig mit Abwehr und Denksperre reagieren:

Fällt zum Beispiel das Stichwort «Service Public», so wird auf «Bewahren und Festhalten» geschaltet, wie das eigentlich von der SVP zu erwarten wäre. Wer aber der Realität in die Augen und über die Landesgrenzen schaut, muss merken, dass sich die staatlichen Dienstleistungen in den letzten Jahren überall rasant verändert haben, dass unser leistungsstarker und gut eingespielter Service Public ohne Anpassungen Gefahr läuft, ein Finanzfass ohne Boden zu werden oder bald einmal unter Heimatschutz gestellt werden muss... Die unergiebigen Diskussionen über die AHV kennen wir alle, in denen die Gewerkschaften jede Anpassung an die grundlegenden demografischen

Veränderungen als Verrat an den Sozialwerken etikettieren.

Lange Zeit haben sich die Gewerkschaften auf ihren Lorbeeren ausgeruht und manchen Umbruch verschlafen (spät erst haben sie Teilzeitbeschäftigte akzeptiert und sehr spät entdeckten sie die Dienstleistungsberufe!). Es ist nun höchste Zeit, einige überalterte heilige Kühe zur Schlachtbank zu führen, wie z.B. die von Sascha Tarli angesprochene Privilegierung der Gewerkschaften auf den Wahllisten. Eine moderne soziale Partei, die für mehr Gerechtigkeit und für Ökologie einsteht, kann die neuen Herausforderungen nicht mehr mit Werkzeugen und Mechanismen aus dem letzten Jahrhundert bewältigen. «Probleme lösen anstatt verdrängen» schreibt Tarli. Das gilt auch für die interne Parteiarbeit, wie es der Beitrag der SP Ittigen in der gleichen Nummer des «regiolinks.be» vorzeigt.

Urs Graf, SP Bolligen

STELLUNGNAHME ZU DEN WAHLKOMMENTAREN

Der SP fehlt das Profil

Beim Lesen der Stellungnahmen zu den SP-Resultaten der letzten Wahlen werde ich den Eindruck nicht los, dass einige an der SP nicht nur die Worte «Genosse/Genossin» und die «Internationale» stören, sondern auch das «S» im Parteinamen, welches in der französischen und italienischen Schweiz «sozialistisch» heisst. Was heisst wohl «ideologische Scheuklappen ablegen» und «pragmatische Politik»? «Wenn die SPS nicht mehr ein klar ‚rotes‘ Profil besitzt, sondern ein bisschen grün, ein bisschen liberal, ein wenig pro-

gressiv usw. ist, werden viele sie nicht mehr wählen, weil sie die Erwartungen, die sie in sie setzen, nicht mehr erfüllt.» (Werner Seitz, Politologe)

Leider kann ich einigen Leuten den Vorwurf nicht ersparen, dass ihre Abneigung gegen die Gewerkschaften vor allem auf Klischees beruht. Ist es die Schuld der Gewerkschaften, dass in der SP Vechigen nur noch 25% Gewerkschaftsmitglied sind? Ich habe selber vor Jahren als Parteipräsident in einer Landgemeinde im Aaretal mit der SP gegen Lohnkürzungen in einem Betrieb protestiert, worauf der bürgerlich dominierte Gemeinderat von der Firma verlangte, dass alle Mitarbeitenden existenzsichernde Löhne erhalten müssen. Erfolg: Stimmenzuwachs bei den nächsten Wahlen. Das Grüne Bündnis in der Stadt Bern mit seiner starken Gewerkschaftsorientierung gehörte bei den

letzten Gemeindewahlen zu den Siegern, nicht die SP.

Ich denke, die SP hat gute Gründe, mit den Gewerkschaften zusammen zu arbeiten: Sie garantieren ihr die Initiativ- und Referendumsfähigkeit. Sie sorgen auch dafür, dass nicht alle mit einem Lohn unter 5000 Franken zur SVP abwandern. Sie kämpfen für Versorgungssicherheit und die Randgebiete. Sie bilden die Lobby für die grosse Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, welche sonst schutzlos wäre. Sie verhindern, dass Linke nur noch die Parolen und Behauptungen der Bürgerlichen nachplappern und mithelfen, deren inhumane Konzepte umzusetzen. Der Verteilungskampf von unten nach oben ist in vollem Gange, auch wenn das gewisse SP-Mitglieder nicht wahrhaben wollen.

Ruedi Keller,

Präsident Gewerkschaftsbund
Stadt Bern und Umgebung
(GSB), Stadtrat SP Bern

SCHAUT NACH VORN!

Mit diesen Beiträgen schliessen wir die Diskussion zu den Ursachen der Wahlniederlage in den nationalen Wahlen. Leserbriefe zu andern Themen und Meldungen zu Gemeindeaktualitäten sind willkommen, die Texte sollten möglichst kurz sein.

Die Redaktion

«Wir müssen gewinnen, alles andere ist primär»

Das Zitat von Hans Krankel, österreichischer Mittelstürmer, ist für die SP in den Wahlen 2008 Programm.

Alex Tschäppät und Edith Olibet stellen sich für eine weitere Legislatur zur Verfügung. Die Delegierten haben am 21. Januar beide einstimmig und unter grossem Applaus nominiert. Edith Olibet und Alex Tschäppät haben die Regierungspolitik der letzten sieben Jahre massgeblich mitgeprägt und sind voller Tatendrang für eine weitere Amtsperiode. In seiner Ansprache betonte Stadtpräsident Alex Tschäppät den sozialdemokratischen Aspekt seiner Politik: «Sozialdemokratisch heisst, eine klare Vorstellung davon zu haben, was die Grundpfeiler einer modernen Gesellschaft sind: soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Solidarität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit.» Diese Werte bil-

den das Fundament der Regierungsarbeit von RotGrünMitte; mit diesen Werten wurden der Stadt Bern neue Perspektiven eröffnet: Der Bevölkerungsrückgang ist gestoppt, die Bedeutung Berns als Wirtschaftsmotor nimmt zu, neue Wohnprojekte wurden realisiert, Begegnungsplätze und Kulturorte verwirklicht, der öffentliche Verkehr ausgebaut und Arbeitsplätze geschaffen. Für Alex ist klar: «Wir haben sehr viel erreicht. Aber wir sind noch längst nicht am Ziel.» Schwerpunkte will Alex in der kommenden Legislatur im Ausbau der Kinderbetreuung, der Schaffung von hochwertigem Wohnraum, dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der Verbesserung der wirtschaftspoliti-



Edith Olibet



Alexander Tschäppät

schen Standortbedingungen und einer verstärkt linken Finanzpolitik setzen. «Dafür braucht es die SP dringend. Und es bracht dringend mehr SP.»

Als Direktorin für Bildung, Soziales und Sport steht für Edith Olibet das Wohlergehen der Menschen im Zentrum ihrer Arbeit: «Orientierungspunkte sind für mich soziale Gerechtigkeit und hohe Lebensqualität für alle.» In der kommenden Legislatur will Edith im Bereich der Bildung erreichen, dass alle Kinder wenn immer möglich in den Regelklassen unterrichtet werden: Mit unterstützenden Massnahmen in der Klasse, zusätzlicher Förderung der Sprachkompetenz, gezielter Umsetzung der Berufswahlkonzepte und einem bedarfsgerechten Tagesschulangebot. Zusammen mit der Migrationsbevölkerung will sie die Integrationspolitik weiterentwickeln: «Nutzen wir die Chance der kulturellen Vielfalt. Leisten wir dort Unterstützung, wo Förderung nötig ist.» In Bezug auf die Chancengleichheit stehen für Edith insbesondere Investitionen zugunsten der kleinen Kinder im Vordergrund. Hier will Edith das schweizweit beachtete Frühförderungsprojekt «Primano» definitiv einführen. Prävention, bessere Zukunftsperspektiven für Jugendliche, der Ausbau des Lehrstellen- und Praktikumsangebots und der Ausbau der Breitensportanlagen sind weitere Schwerpunkte.

Leyla Gül

Schulkommision Gymnasium Köniz

Ursula Mader und Toni Marbot haben auf den 31. Juli 2008 ihren Rücktritt aus der Gymnasiumscommission Köniz-Lerbermatt bekannt gegeben. Die SP Region Bern sucht deshalb zwei Nachfolgerinnen bzw. Nachfolger für die vakanten Sitze.

Voraussetzungen sind Interesse an Schulfragen und Jugendpolitik sowie Wohnsitz und Stimmberechtigung im Kanton Bern. Pro Jahr finden ca. 6 Sitzungen jeweils am Mittwoch ab 18.00 Uhr statt. Dazu kommt pro Sitzung eine Stunde Vorbereitung und die Mitwirkung in Sonderausschüssen. Die Entschädigung beträgt 60 Franken pro Sitzung.

Bewerbung mit kurzer Begründung der Motivation und unter Angabe von Adresse, Telefon- und Natelnummer, e-Mail, Beruf und Jahrgang bis am 7. Mai an SP Region Bern, Monbijoustr. 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23 oder an leyla.guel@sp-bern.ch

Kandidierende sollten sich der Geschäftsleitung SP Region Bern an deren Sitzung vom 14. Mai 08, 18.00 Uhr, im Sitzungszimmer des Bernischen Staatspersonalverbands, Postgasse 60, Bern vorstellen.

Für Fragen steht Ursula Mader, 031 972 36 33 gerne zur Verfügung.

Wohnstadt Bern im Aufwind?



Margrith Beyeler,
Präsidentin der
ad-hoc-Arbeits-
gruppe Wohnen

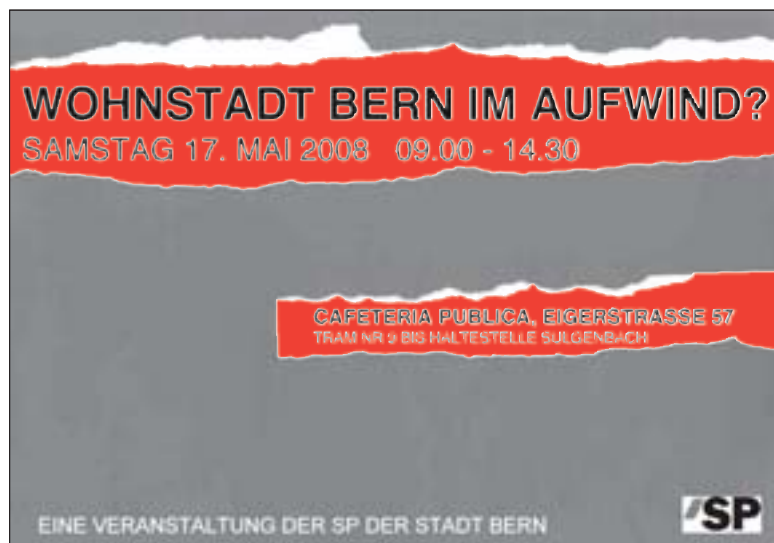
Unter diesem Titel organisiert die SP der Stadt Bern am Samstag, 17. Mai 2008 eine spannende Tagung. Ziel ist es, den Teilnehmenden vertiefte Informationen zu den wichtigsten Grundlagen und aktuellen Themen der Wohnbaupolitik zu vermitteln. Fakten, Trends und Visionen, die Stadt Bern als Bauherin und verschiedene Beispiele aus der Praxis runden die Tagung ab. Die Vorträge beschränken sich nicht ausschliesslich auf die Stadt Bern. Gäste aus Biel und Zürich tragen zur Horizonterweiterung bei. Bekanntlich leidet die Stadt Bern wie alle Kernstädte unter einer stagnierenden Wohnbevölkerung, ständig wachsenden Zentrumslasten und dem damit verbundenen Druck auf die Qualität des Wohnumfeldes. Die in den letzten Jahren gemachten Anstrengungen zur Förderung der Wohnbautätigkeit beginnen nun aber Früchte zu tragen. Rund 600 Wohnungen sind im Bau, gegen 700 Wohnungen befinden sich im Baubewilligungsverfahren, weitere

600 Wohnungen befinden sich in konkreter Planung.

Es ist das erklärte Ziel der SP, den Weg hin zu einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Stadtentwicklung weiter zu gehen. Dazu gehören z.B. ein breites Wohnungsangebot, ein attraktives Wohnumfeld, eine nachhaltige Verkehrserschliessung und vor allem

eine aktive Wohnbaupolitik. Spannend wird es bei der Frage, ob Hochhäuser wieder «in» sind, die Waldstadt endgültig «out» oder die letzten freien Matten in der Stadt überbaut werden sollen. Am besten bist du am 17. Mai dabei und diskutierst mit!

Margrith Beyeler



SPOTSPOTSPOTSPOTSPOTSPOTSPOTSPOTSPOTSPOTSPOT

KEINE WEITEREN BAUZONEN IN KÖNIZ!

In Köniz wurde in den letzten Jahren an vielen Orten gebaut. Bis anhin wurden vor allem Siedlungslücken an bestens erschlossenen Lagen bebaut, was richtig ist und den Grundsätzen der modernen Raumplanung entspricht. In der Bevölkerung ist jedoch gegenüber einer zu grossen Bautätigkeit zunehmend Missbehagen spürbar.

Die SP fordert in einer Motion, dass die Gesamtfläche des Baulandes in Köniz in den nächsten 15 Jahren nicht vergrössert werden darf. Die anstehende Zonenplanrevision bietet dazu den geeigneten Rahmen. Die Ergebnisse des Raumentwicklungskonzeptes der Gemeinde zeigen deutlich, dass es in

Köniz genügend Baulandreserven gibt. Die Motion wird die Weiterentwicklung der Gemeinde nicht behindern: bei Bedarf können neue Bauzonen geschaffen werden, indem andernorts nicht benötigtes Bauland ausgezont wird.

Ein erklärtes Ziel der Raumplanung ist es, mit dem knappen Gut Boden hausälterisch umzugehen – auch in Köniz muss dies umgesetzt werden, sonst verspielt unsere Gemeinde leichtfertig ihre Trümpfe. Die SP Köniz setzt sich mit diesem Vorstoss dafür ein, dass auch die nachfolgenden Generationen von den schönen Seiten unserer Gemeinde profitieren können.

CO-PRÄSIDIUM IN MURI-GÜMLIGEN

Die SP Muri-Gümligen hat eine neue Spitze. Daniela Pedinelli wird durch eine Frau und einen Mann abgelöst, die die Sektion künftig im Co-Präsidium leiten werden.

Kornelia Hässig Vinzens (41) ist Biologin und war wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Abteilung Natur- und Landschaftsschutz des Kantons SG. Seit 2003 ist sie Lehrerin an der Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule Bern.

Matthias Manz (53) ist Historiker und war Staatsarchivar des Kantons BL und ist seit 2000 Politischer Fachsekretär der SP-Fraktion im Bundesparlament. In Pratteln war er 1984 – 1990 Einwohnerrat und Gemeinderat.

FamilienStadt dank der SP

In der vielgestaltigen Gemeinde Köniz gibt es eine aktive SP-Sektion. Wie politisiert es sich in der Agglomeration Bern?

Foto: Christa Luginbühl

«Köniz – die FamilienStadt dank der SP», so der Slogan der Sektion Köniz. Annemarie Berlinger-Staub und Christian Roth Brunnschweiler, beide berufstätig und mit Familien, wurden ins Co-Präsidium gewählt. «regiolinks.be» fühlt den beiden nach den ersten Monaten im neuen Amt auf den Zahn.

Annemarie (A) und Christian (C) sagen...

...zur Wahl ins Co-Präsidium

A: «Für mich war die Wahl ein persönliches politisches Statement. Wenn ich in meinem Umfeld schaue ist es oft so, dass nebst Familie und Beruf keine Zeit mehr für ein politisches Amt bleibt. Dadurch ist die Vertretung von Familien in der Politik auch relativ schlecht. Ich sagte mir also, dass ich den Familien eine politische Stimme geben will.»

C: «Ich bin bereits seit langem in der Politik tätig, erst als JUSO-Zentralsekretär, danach als Jugendarbeiter, jetzt als Familienvater. Seit ich erwerbstätig bin, gehört nebst dem Beruf auch Politik in mein Leben. Das Co-Präsidium haben wir bewusst gemeinsam gewählt, weil wir uns dort sehr gut ergänzen, die jeweiligen Stärken einsetzen und uns auch gegenseitig im Amt entlasten können.»

...zum Sektions-Slogan

A: «Familienpolitik verstehen wir breit gefasst. Zwar sind Kita-Plätze wichtig, aber bei weiten nicht das Einzige.»

C: «Der Slogan ist politisches Programm. Es ist nicht so, dass ich Köniz heute im Vergleich zu andern Gemeinden als speziell kinderfreundlich empfinde, aber es ist ein Bewusstsein da, dass man etwas tun will und sich dafür engagiert, dass Köniz für Familien attraktiv bleibt und noch attraktiver wird.»



...zur Frage, was gute Sektionsführung bedeutet

A: «Es ist sicher zentral, dass die linke Hand weiss, was die rechte Hand tut. Dadurch, dass wir beide im Könizer Parlament sind, können wir zwischen Fraktion und Vorstand ein optimales Bindeglied sein.»

C: «Es ist zudem wichtig, die Mitglieder dort einzusetzen, wo ihre Interessen liegen. Es wird unsere grosse Aufgabe sein, immer wieder zu motivieren, Räume zu schaffen wo die Meinung der Mitglieder einfließt und sie aktiv mitbestimmen, in welche Richtung sich die SP Köniz bewegt.»

...zur Gemeinde und zur Sektion Köniz

C: «Das Spannende ist diese Nähe von Stadt und Land und die politischen Themen, die sich daraus ergeben. Unsere Sektion ist innerhalb der Partei eher liberal ausgerichtet – wenn es uns gelingt, diese Breite an Strömungen zu behalten, bildet sich das auch positiv im SP-WählerInnenanteil ab.»

...zu Köniz als Teil der Region Bern

A: «Köniz muss schon heute städtische und ländliche Lösungen finden, der Schritt gegen aussen ist daher nicht weit. Die Gemeinde ist flächenmässig sehr gross, es ist nicht nur das eher städtische Köniz-Liebefeld, das dazu gehört, sondern auch alle die kleinen eher ländlichen Orte rundherum.»

...zu den Zielen 2008

A: «Wir wollen uns fit machen für die Gemeindewahlen 2009. Dazu gehört unter anderem die Erarbeitung der Wahlstrategie und eine Überarbeitung der Website.»

C: «Unsere Mitglieder wollen wir auch auf der geselligen Ebene vermehrt ansprechen. Denn damit stärken wir die Netzwerke, die es braucht, um politisch zu arbeiten und zu mobilisieren.»

Die Fragen gestellt und die Antworten aufgezeichnet hat Christa Luginbühl, Mitglied des Redaktionsteams «regiolinks.be».

Annemarie Berlinger-Staub und Christian Roth führen die SP-Sektion Köniz im Ko-Präsidium.

Impressum**Herausgeberin**

Sozialdemokratische
Partei Region Bern

Redaktion

Peter Anliker
(verantwortlich),
Marc Gebhard,
Leyla Gül,
Christa Luginbühl,
Corinne Mathieu Neuhaus,
Roland Näf

Layout

MediaDesign Bern

Druck

Bubenberg Druck, Bern

Auflage

5'000 Exemplare

Nr. 3/08 erscheint am

19.5.2008

Redaktionsschluss

1.5.2008

«regiolinks.be»

erscheint 5-mal jährlich
Fr. 25.–

www.sp-bern.ch/region/

KURSE DER SP-FRAUEN KANTON BERN

FrauMachtPolitik. Wie gehe ich als Frau mit Macht um? Habe ich als Politikerin Macht? Will ich Macht ausüben?

Kurs am 8. Mai 2008, 19.00 – 21.30 Uhr im Haberhuus Köniz. Mit Regula Zellweger, dipl. Psychologin, Berufs- und Laufbahnberaterin.

Anmeldefrist: 28.4.08; Kosten: Fr. 30.00

Frauen erfolgreich in der Öffentlichkeit. Wie bereite ich mich für einen erfolgreichen öffentlichen Auftritt vor? Welche Rolle spielt die verbale und nonverbale Kommunikation?

Kurs am 5. Juni 2008, 19.00 – 21.30 Uhr im Hotel Bären, Lyss. Mit Regula Zellweger, dipl. Psychologin, Berufs- und Laufbahnberaterin.

Anmeldefrist: 26.5.08; Kosten: Fr. 30.00

Finanzen – kein Buch mit sieben Siegeln. Wie fliesst das Geld zwischen Gemeinden, Kanton und Bund? Wie können Frauen Einfluss nehmen?

Kurs am 11. September 2008, 19.00 – 21.30 Uhr in der Pizzeria Da Luca, Burgdorf. Mit Margret Kienner Nellen, Gemeindepräsidentin Bolligen, Nationalrätin.

Anmeldefrist: 31.8.08; Kosten: Fr. 30.00

Weitere Information und Anmeldung: SP Frauen Kanton Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23, 031 370 07 80, madeleine.thoenen@sp-be.ch

AUTOFREIER BAHNHOFPLATZ – AUF WIEDERSEHEN!

Abschiedsapéro vom autofreien Bahnhofplatz am Samstag, 5. April 2008 von 17 bis 19 Uhr beim Bahnhofhaupteingang. Bitte Gläser und Getränke zum Anstossen mitbringen.

Gottlob

es lenzt! Die Winterstürme sind zwar noch nicht ganz ausgestanden, aber ein vielversprechender grüner Schimmer schleicht bereits den Waldrand entlang und verheisst Gutes. Offenbar sind auch die ersten Vögel dieser Meinung, die am frühen Morgen schon lauthals den Unausgeschlafenen verkünden, dass neuer Saft durchs Geäst der Bäume träufelt, die Sonne sich wieder mehr Mühe gibt mit dem durchs Gefieder wärmen, die Tage wieder früher beginnen und die Abende länger werden und, kurz, dass allenthalben neues Leben durch sämtliche Adern fliesst. Lassen wir uns doch mitreissen von diesem unverwüstlichen Elan und auf dieses optimistische Gezwitzchen hören, holen wir alle Wasch-, Wahl- und Wunderbären aus ihren Winterhöhlen und freuen wir uns an den überall erscheinenden Keimlingen und Frühlingsblumen, die trotz frostigen Nächten (da jetzt Dativ oder Genetiv? Who knows, es ist einfach alte oder neue Schreibweise, ganz wie ihr wollt!) und eisigen Winden überall hervorbrechen. Den Karfreitag haben wir überstanden, Ostern liegt hinter uns und hat mit dröhnenden Glocken die Wiederauferstehung verkündet. Machen wir uns auf die Suche nach den vielen faul – eeh bunten Eiern, die uns Mutter Gesellschaft überall versteckt hat (die im Gegensatz zu Mutter Natur immer noch am Pfuuse ist). Die legt sie nämlich, denn an den Osterhasen können wir nicht mehr glauben. Nun denn, wohlauf zum frohen Eiertütschen, ich freu mich schon darauf, ich kochte die meinen besonders hart!

E fröhliche Oschtergruess vom
Oschterbär

AUSFÜLLEN – EINSENDEN!

Senden Sie mir folgende Unterlagen

- Eine Beitrittserklärung
- Ich möchte den JungsozialistInnen JUSO beitreten
- Ich möchte das «regiolinks.be» abonnieren (Fr. 25.–/Jahr), für SP-Mitglieder gratis

Name _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Talon einsenden an:

SP Region Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23

AZB, 3000 Bern 1
Adressenänderungen
nicht melden.